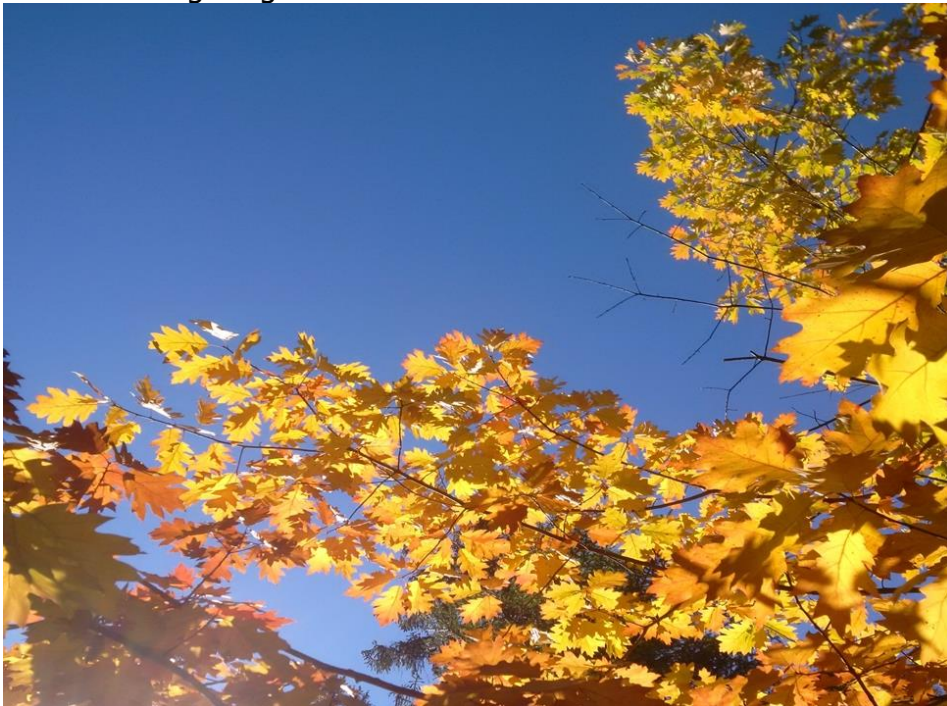


Trockenheit macht Wald zu schaffen

Bei der Vorstellung des Waldwirtschaftsplans im Gemeinderat am 30. November 2018 berichtete Christof Grüntjens von der Forstbehörde Calw, dass der Wald doch ziemlich unter der trockenen Witterung in diesem Jahr gelitten habe. Nicht nur sind größere Mengen an Käferholz aufgetreten, viele Bäume kämpften geradezu ums Überleben und benötigten dringend eine nasse Periode. Selbst wenn es ein feuchtes Frühjahr gebe, müsse mit einem erhöhten Anteil an Schadholz im nächsten Jahr gerechnet werden. Diese Situation drückt auch auf den Holzpreis. Außerdem wären kürzlich in Tirol größere Mengen Sturmholz entstanden, welche den Holzmarkt belasten. Es könne daher im nächsten Jahr kaum mehr mit guten Holzpreisen gerechnet werden. Dennoch plane er wieder mit einem Holzeinschlag von gleichbleibend 6.000 Festmetern. Man müsse beim Sortiment nur darauf achten, absatzfähige Holzarten wie Starkholz oder Kiefer auf den Markt zu bringen, welche derzeit noch gefragt sind.



Kartellamt erzwingt neue Forstorganisation

Das Bundeskartellamt hat angeordnet, dass Holz von Staat und Kommunen nicht zusammen bewirtschaftet und vermarktet werden dürfen. Diese Entscheidung wurde aber nun im Juli 2018 vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben. Herr Grüntjens erläuterte, dass nun der Stand wiederhergestellt wurde, dass die Landratsämter wie bisher den Kommunal- und Privatwald beförstern dürfen. Lediglich der Holzverkauf bleibe beim Landratsamt getrennt.

Neues Forstmodell wird teurer

Das inzwischen geänderte Bundeswaldgesetz erlaubt dem Staat die Beförderung anderer Wälder allerdings nur zu Gestehungskosten. Das heißt, der Staat muss künftig von den Kommunen so viel verlangen, wie es tatsächlich kostet. Dadurch entstehen der Gemeinde ab 2020 ca. 30 % Mehrkosten, das sind 22.500 €, was den

Gewinn im Wald bedeutend schmälern wird. Die Alternative, welche in verschiedenen Gemeinden im südlichen Landkreis diskutiert wird, die Waldbewirtschaftung durch eigenes Personal vorzunehmen, würde für die Gemeinde noch höhere Kosten bedeuten. Außerdem ist man mit dem Landratsamt und der Betreuung durch Revierleiterin Edda Röntgen sehr zufrieden. Daher beschloss der Gemeinderat einstimmig, beim Landratsamt zu bleiben und wohl oder übel die höheren Kosten zu schlucken. Herr Grüntjens konnte wenigstens den Trost geben, dass man zu Beginn des Kartellverfahrens noch mit einer Kostensteigerung von 100 bis 120 % rechnen musste, dies aber durch die Entscheidung des Bundesgerichtshofs deutlich abgemildert worden ist. Er betonte noch, dass sich für die Privatwaldbesitzer keine Änderungen ergeben, sondern diese sich nun auch weiterhin an das zuständige Forstpersonal wenden könnten.

Urnen-Baumgräber als neue Grabart

Spätestens ab Frühjahr sollen auf den Friedhöfen Igelsloch, Oberkollbach und Würzbach Urnen-Baumgräber zur Verfügung stehen. Auf dem Friedhof Oberreichenbach reicht der Platz leider nicht aus. Aber Oberreichenbacher können auf die anderen Ortsteile ausweichen, wenn jemand ein solches Grab wünscht.



Da für die neue Grabart auch Gebühren benötigt werden, wurden die Bestattungsgebühren neu kalkuliert. Nachdem sich die Kosten allgemein erhöht haben, ergeben sich für alle Grabarten Veränderungen. Für die neuen Urnen-Baumgräber wird eine volle Kostendeckung angestrebt, da die Kosten dafür nicht von anderen getragen werden sollen und außerdem aus Platzgründen nur eine begrenzte Anzahl zur Verfügung steht. Die Bestattung in einem Urnen-Baumgrab als Reihengrab kostet demnach 2.019 Euro und als Wahlgrab (z.B. mit Ehepartner) 3.869 Euro.

Nur 60 % der Kosten werden auf Gebühren umgelegt

Für die „klassischen Grabarten“ wird eine Kostendeckung von 60 % angestrebt. Somit kostet künftig die Bestattung in einem normalen Reihengrab 1.672 Euro und in einem Urnenreihengrab 1.257 Euro.

Wasser wird teurer



Bereits im letzten Jahr wurde eine Anpassung der Abwasser- und Wassergebühren an die gestiegenen Kosten angekündigt. Nun hat der Gemeinderat den Wasserzins von 2,66 Euro auf 2,84 Euro pro cbm und die Niederschlagswassergebühr von 47 Cent auf 75 Cent pro qm erhöhen müssen.

Grund für die Verschiebung der Kosten zum Niederschlagswasser ist vor allem die Stilllegung der Kläranlage Würzbach. Dadurch kann erfreulicherweise die Schmutzwassergebühr bei der seitherigen Höhe von 2,51 Euro pro cbm gehalten werden, allerdings wird das Niederschlagswasser eben teurer. Bei der Abwassergebühr wird auch ein Anteil für die Straßenentwässerung abgezogen, das heißt nicht auf die Gebührenzahler umgelegt.

Im Gremium wurde der Antrag gestellt, den kalkulatorischen Zinssatz von 3,5 % auf 3,0 % zu senken, was die Gebührenerhöhung um einige Cent abgemildert hätte. Eine knappe Mehrheit von 7 zu 5 Stimmen neigte jedoch zu dem höheren Zinssatz, da dieser langfristig zu sehen ist und nicht allein von der aktuellen Niedrigzinsphase abhängen soll.

Es gibt Hoffnung, dass die neuen Gebühren einige Jahre stabil bleiben werden, da eine Kostenunterdeckung aus Vorjahren eingerechnet wurde und somit ein gewisser Puffer für neue Investitionen in die Kanal- und Wasserinfrastruktur besteht.

Ende des Booms

... so titelte der Schwarzwälder Bote vor gut einem Monat den Bericht über die Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung. Glücklicherweise sollen die Steuereinnahmen zwar weiter nach oben gehen, aber zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde die geschätzte Steuerzahl gegenüber der letzten Schätzung nach unten korrigiert.



Quelle: Schwarzwälder Bote

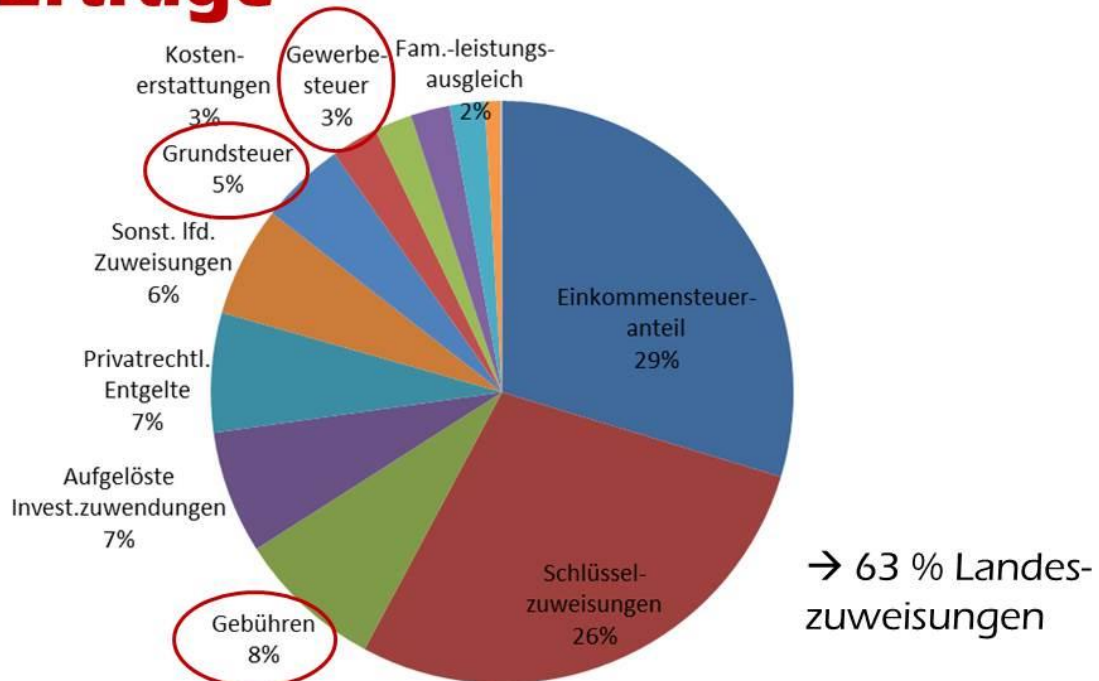
Gemeindekämmerer Daniel Merkle stellte bei der Einbringung des Haushalts 2019 fest, dass die Steuereinnahmen dennoch auf einem hohen Niveau bleiben und dies im Haushalt positiv spürbar ist. Der Nettoertrag aus dem Kommunalen Finanzausgleich beträgt für die Gemeinde Oberreichenbach im nächsten Jahr 2,28 Mio. €, das sind 227.500 € mehr als 2018. Unter Nettoertrag versteht man den Zuweisungsbetrag, den die Gemeinde letztendlich nach Abzug der Umlagen behalten kann. Der größte Zuweisungsbetrag ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 1,827 Mio. €. Den Löwenanteil bei den Umlagen nimmt die Kreisumlage mit 1,0 Mio. € ein.



Strukturelles Problem der Gemeinde ist, dass sie bei den laufenden Einnahmen zu 63 % auf Landeszuweisungen angewiesen ist. Selbst beeinflussbar sind im Wesentlichen nur die Gebühren sowie Grund- und Gewerbesteuer, welche keineswegs zu den Haupteinnahmequellen gehören.



Erträge



Gewerbesteuer geringfügig erhöht

Dennoch ist eine Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer von 320 % auf 340 % eingeplant. Der Grund liegt hier aber nicht in der Absicht, die Einnahmen zu erhöhen, sondern der Hebesatz soll an die Mindesthöhe gemäß den Zuschussrichtlinien für den Ausgleichstock angepasst werden. Erfolgt diese Anpassung nicht, würde man sich diese mögliche Zuschussquelle in Zukunft verbauen. Die letzte Erhöhung war 1995, und bei 200 € mehr Gewerbesteuer pro Jahr für jede 1.000 € Messbetrag wird dies für unsere Gewerbetreibenden für überschaubar gehalten. Die Gemeinde liegt mit 340 % immer noch unter dem Landesdurchschnitt von 368 %.

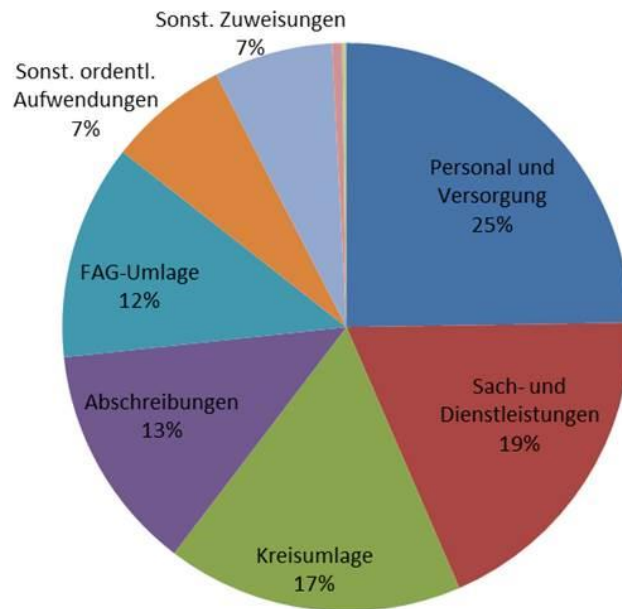
Bandbreiten der Gewerbesteuer-Hebesätze in Baden-Württemberg:



Bei den laufenden Aufwendungen wird das meiste Geld für das Personal benötigt, nämlich 25 %, für Sach- und Dienstleistungen 19 % und danach kommt bereits als großer Posten die Kreisumlage mit 17 % der Aufwendungen.



Aufwendungen



Gute Kindergartenbetreuung kostet

Die Personalaufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr um satte 10,4 %. Hauptgrund dafür ist, dass in den Kindergärten 1,8 Stellen mehr benötigt werden. Im Rathaus wurde nach der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht sogar eine halbe Stelle eingespart.

Veränderungen bei den Personalstellen

Kindergärten	↑	+ 1,8
Dorfgemeinschaftshaus	↑	+ 0,26
Auszubildende	↑	+ 1,0 (Febr – Aug)
Finanzverwaltung	↓	- 0,5

Der Kindergartenbereich belastet den Haushalt 2019 mit einem Defizit von 715.300 €, das sind rd. 120.000 € mehr Defizit als im Vorjahr. Natürlich kann man über eine qualitativ hohe Betreuung unserer Kinder froh sein, diese hat aber ihren Preis.

Eigentlich bekommt die Gemeinde rd. 88.000 € mehr Kindergartenzuschüsse, welche jedoch schon durch die höhere Stellenzahl sowie Tarifierhöhung mit 116.800 € mehr als aufgefressen wird. Dazu schlägt noch das Defizit des Waldkindergartens als neue Einrichtung mit 94.000 € zu Buche.

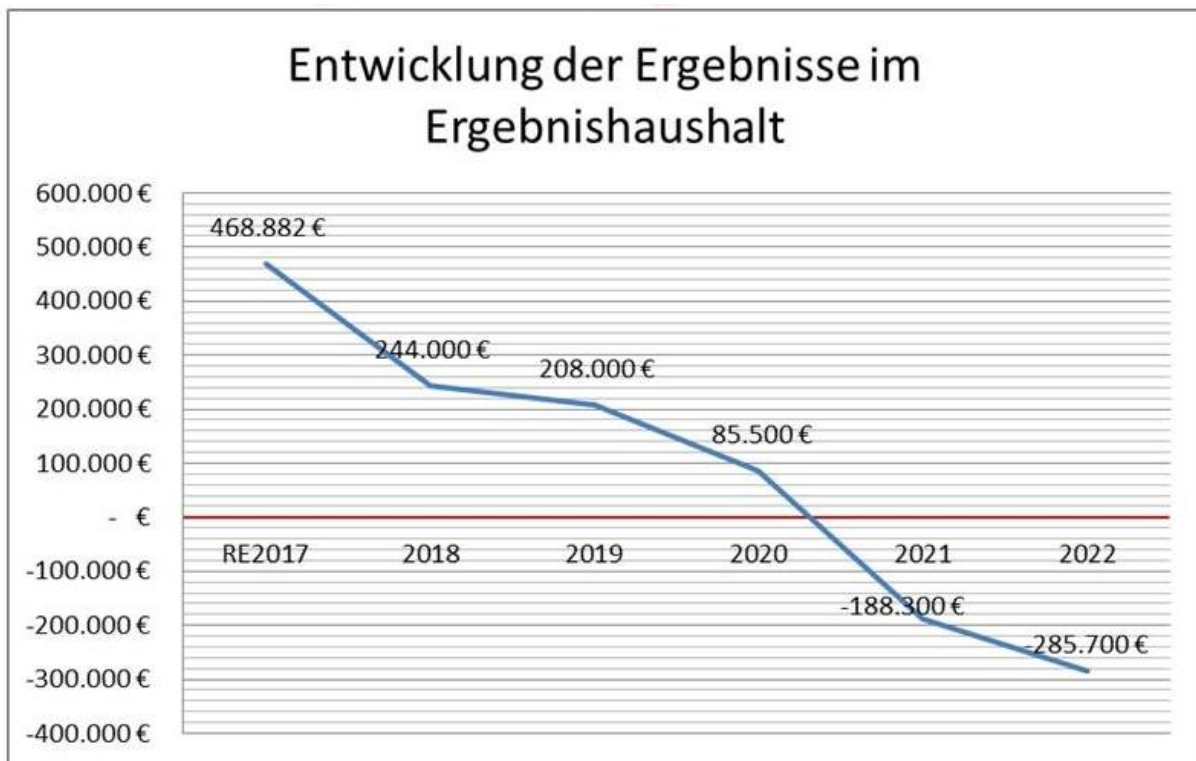
Zuschussbedarf Kindergärten

2018: Zuschussbedarf - 596.400 €	
+	-
FAG-Zuweisungen + 84.000 €	Personal + 116.800 €
Andere Zuweisungen + 4.300 € <small>(ohne Kleinbeträge)</small>	Waldkiga + 94.000 €
=	
2019: Zuschussbedarf - 715.300 €	

Anstieg der Ausgaben erschwert künftig den Haushaltsausgleich

Dennoch kann der Gesamtergebnishaushalt 2019 ein positives ordentliches Ergebnis von 208.000 € erwirtschaften. Damit ist der Haushaltsausgleich im Jahr 2019 noch geschafft. Für die kommenden Jahre sieht es allerdings nicht mehr so gut aus. Ab 2021 wird der Haushaltsausgleich voraussichtlich sehr schwierig. Dafür gibt es drei Hauptgründe:

- Die Personalkosten werden weiter ansteigen, insbesondere im Kindergartenbereich.
- Die Abschreibungsbeträge steigen an. Je mehr investiert wird, desto höher werden die Abschreibungen, die im laufenden Betrieb erwirtschaftet werden müssen.
- Die Kreisumlage wird weiter kräftig ansteigen, nachdem die kreisweiten Herausforderungen der nächsten Jahre finanziert werden müssen.



Mit 3,3 Mio. € hat die Gemeinde wieder eine Vielzahl an Investitionen vor:



Investitionen 2019

Produktgruppe	Maßnahme	Gesamtaufwand	2019
1124	Umgestaltung Rathaus Igelsloch zu Bürgertreff	925.000 €	425.000 €
1133 5550	Allgemeiner Grunderwerb		130.000 €
2910	Beteiligung am Evang. Gemeindehaus Würzbach	76.000 €	40.000 €
3650	Neubau Kindergarten Würzbach an der Grundschule	1.260.000 €	360.000 €
5360	Breitbandausbau Igelsloch und Würzbach (<i>Neuveranschlagung</i>)	990.000 €	990.000 €
5380	Investitionskostenanteil Kläranlage Calmbach		60.000 €
5380 5410	Kanal- und Straßensanierung Waldstraße	2.165.000 €	815.000 €
Restliche Maßnahmen			510.000 €
Summe			3.330.000 €

Einwohnerzahl spielt wichtige Rolle

Wegen des negativen Trends der Finanzplanung wird die Gemeinde künftig Prioritäten setzen müssen. Außerdem muss es Ziel sein, die Einwohnerzahl mindestens zu halten, da diese eine wichtige Rolle im Finanzausgleich spielt. Gemeindegamnerer Merkle war der Meinung, dass die Gemeinde mit ihren Baulandplänen daher auf dem richtigen Weg ist. Weiterhin hob er die vorausschauenden Gebührenanpassungen hervor und wies auf eine mögliche Erhöhung der Grundsteuer in der Zukunft hin.

Weitere Beschlüsse in der Gemeinderatssitzung am 30. November 2018:

Für die **Erweiterung des Baugebiets „Im oberen Dorf“** in Oberreichenbach wurde die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen und Planungsaufträge erteilt. Die große Nachfrage nach Bauplätzen macht die Erweiterung erforderlich. Es wurde begrüßt, dass mit den Eigentümern eine Einigung möglich war und die Gemeinde die Flächen hinter dem Rathaus erwerben konnte.

Für das geplante **Baugebiet nördlich der Waldstraße** in Würzbach gibt es diese Einigkeit leider nicht. Im Gemeinderat wurde von verschiedenen Rednern betont, dass sie das Baugebiet für eine positive Entwicklung von Würzbach weiterhin für sehr wichtig halten und das Gremium einmütig dahinter steht. Von einer Anliegengemeinschaft wurde jedoch ein Bürgerbegehren gegen das Baugebiet eingereicht, über dessen Zulässigkeit der Gemeinderat zu entscheiden hatte. Der Gemeinderat störte sich an manchen Begründungen des Bürgerbegehrens. Zum Beispiel entspricht es nicht der Wahrheit, dass es in Würzbach noch genügend Bauplätze gäbe, da viele Privateigentümer nicht verkaufen möchten und diese Grundstücke somit nicht auf dem Markt sind. Nachdem es rechtlich jedoch keine Beanstandungen gab, musste dem Bürgerbegehren zugestimmt werden, so dass voraussichtlich am 26. Mai 2019 mit der Kommunalwahl nun ein Bürgerentscheid über das Baugebiet stattfinden wird.

Frühblüher werden unsere Gemeinde verschönern

Der Wintereinbruch steht noch aus. Somit konnte der Gemeindebauhof letzte Woche rd. 2000 Blumenzwiebeln an den Ortseingängen und auf einigen Grünanlagen einbringen, welche als Frühlingsboten das Ortsbild verschönern werden. Nicht zuletzt werden sich auch Bienen und Hummeln darüber freuen. Damit die Blumenzwiebeln nicht zerstört werden, können diese Flächen dann im Frühjahr einige Wochen lang nicht abgemäht werden.

Abnahme des Baugebiets „Im oberen Dorf“

Die Bauarbeiten für die Erschließung des Baugebiets „Im oberen Dorf“ sind abgeschlossen. „Wir sind sehr zufrieden mit der Abwicklung durch die Baufirma“, sagte Bürgermeister Kistner und freute sich, dass die ersten Bauherren bereits mit ihrem Häuslebau beginnen konnten.

Breitband für Siehdichfür

Die Verlegung der Leerrohre von Oberreichenbach nach Siehdichfür ist abgeschlossen. Im nächsten Jahr wird das Glasfaserkabel eingeblasen, so dass dann für Siehdichfür ebenfalls schnelleres Internet zur Verfügung steht.